

## Protokollauszug aus der 69. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses vom 11.04.2012

---

öffentlich

**Top 3.5.1 Konzeption der Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert  
11/SVV/0947  
zur Kenntnis genommen**

Herr Jetschmanegg erläutert den Sachstand und verweist in seinen Ausführungen auf die Sitzung des Ausschusses für Kultur am 22. März 2012, in der sich mit diesem Thema befasst wurde. Im Ergebnis wurden die diesbezüglichen Anträge so lange zurückgestellt, bis einerseits ein Hearing mit Vereinen und Verbänden zur inhaltlichen Ausrichtung des Konzepts der Gedenkstätte vor der Sommerpause stattgefunden hat und die Thematik der künftigen Trägerschaft (Gründung einer Stiftung) im September beraten wurde.

Frau Dr. Schröter ergänzt die Ausführungen dahingehend, dass es eine Reihe von Anregungen und Vorschlägen zu einem im Ausschuss für Kultur ausgereichten Papier gegeben habe, die im Workshop zu „regeln“ seien. Im Weiteren fragt sie nach der weiteren Verfahrensweise bezüglich der personellen Vorbereitungen. Dem schließt sich Frau B. Müller an und fragt, ob Frau Schnell bereits benannt sei. Herr Jetschmanegg entgegnet, dass bislang Mitarbeiter des Potsdam-Museums die Arbeit „mitgemacht“ hätten und die Übernahme der Gedenkstätte Anfang des Jahres durch das Büro des Oberbürgermeisters ohne Personal erfolgte. Er betont, dass sich die Stadt mit dem Land darüber einig sei, jemanden zu brauchen, der die gute Arbeit weiterführt. Deshalb sei mit Frau Schnell ein auf zwei Jahre befristeter Vertrag abgeschlossen worden. Gleichzeitig wurde die Betreuung der Ausstellung in der NS-Zeit ausgeschrieben und soll für ein Jahr befristet besetzt werden. Auf Nachfrage von Frau Dr. Schröter, welche Qualifikation für diese Stelle abverlangt werde, verweist Herr Jetschmanegg darauf, dass es eine wissenschaftliche Stelle sei.

Auf die Anmerkung von Frau Bankwitz, dass sich das Land zur Hälfte an den Kosten beteilige und die Nachfrage, ob der Stadt Geld verloren gehen, wenn sie sich mit der Besetzung der Stellen Zeit lasse, bejaht Herr Jetschmanegg grundsätzlich. Er verweist aber gleichzeitig darauf, dass die Personalkosten nur ein Drittel an den Gesamtkosten betragen und die Miet- sowie Sachkosten von Anfang an aufgeteilt wurden. Auf die Nachfrage von Herrn Sändig, bis wann die Honorarstelle befristet sei, betont Herr Jetschmanegg, dass es sich hier um eine Festanstellung handele, die auf zwei Jahre befristet sei.

Der Oberbürgermeister fasst abschließend zusammen, dass sich der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 20.06.2012 mit dem Konzept befassen werde und im September mit der Stiftungs-konstruktion.

Die Mitteilungsvorlage wird zur **Kenntnis genommen**.